

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 272/ 2019
Kiel, Donnerstag, 27. Juni 2019

UKSH/ Stand und Kostenentwick-
lung UKSH

Christopher Vogt: Wir werden unserer Verantwortung für das UKSH nachkommen

Zum Bildungs-, Finanz- und Sozialausschuss, in dem die Landesregierung heute über den Stand und die Kostenentwicklung beim UKSH informiert hat, erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt:

„Das UKSH hat eine enorme Bedeutung als Maximalversorger, für die Wissenschaft und auch als Arbeitgeber. Finanziell ist und bleibt es für das Land eine große Herausforderung. Wir werden unserer Verantwortung für das Universitätsklinikum selbstverständlich nachkommen. Mit Blick auf die Unterstützung durch das Land in den vergangenen Jahren sollte sich die SPD-Fraktion vor allem in Selbstkritik üben.

Die finanziellen Bedarfe, die der UKSH-Vorstand beim Land angemeldet hat, sind mittlerweile etwas klarer geworden, allerdings muss da in den kommenden Monaten noch weiter nachgeschärft werden. Bei der Transparenz gab es in den letzten Jahren noch Luft nach oben. Es war deshalb völlig richtig, dass der Aufsichtsrat neu geordnet und mit zusätzlicher Expertise ausgestattet wurde.

Diese Koalition hat das UKSH bereits gestärkt. Die FDP-Fraktion ist bei den Investitionen und auch beim Landeszuschuss natürlich immer gesprächsbereit. Es war überfällig, dass das Land beim Zuschuss für Forschung und Lehre erstmals die Tarif- und Besoldungssteigerungen ausgleichen wird. Ich sehe bei der Universitätsmedizin aber auch die Bundesregierung in der Verantwortung, der sie endlich stärker nachkommen muss.

Der UKSH-Vorstand hat klargestellt, dass die Erwirtschaftung der Effizienzrendite aus dem baulichen Masterplan weiterhin erzielt werden kann, es darüber hinaus aber auch erhebliche Investitionsbedarfe gibt, über deren Umfang und Finanzierung jetzt noch weiter gesprochen werden muss. Das gemeinsame Ziel muss am Ende ein Konzept sein, das die Politik der Brandbriefe dann hoffentlich überflüssig machen wird.“